

CDU Stadtratsfraktion Pirmasens, Luisenstr. 39, 66953 Pirmasens

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Bernhard Matheis
Rathaus am Exerzierplatz
66953 Pirmasens

Geschäftsstelle:
66953 Pirmasens
Luisenstr. 39
Tel. 0 63 31/2 48 50
Fax 0 63 31/24 85 31
e-mail: kgs@cdu-pirmasens.de
www.cdu.de/pirmasens

09.02.2018/ur

Antrag zur Stadtratssitzung am 26.02.2018 Netzwerk „Öffentliche Plätze“ mit ergänzender Aufgabenstellung aktivieren

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr. Matheis,
sehr geehrte Ratskolleginnen und Ratskollegen,

die CDU-Stadtratsfraktion beantragt, das bestehende Netzwerk „Öffentliche Plätze“ mit der neuen Aufgabenstellung „Abbau sozialer Konflikte in einzelnen Stadtquartieren“ zu aktivieren.

Begründung:

Das Netzwerk „Öffentliche Plätze“ ist in der Vergangenheit gegründet worden, um entstandenen sozialen Spannungen auf einzelnen öffentlichen Plätzen der Stadt präventiv zu begegnen. In einzelnen Bereichen (z. B. Winzler Tor-Platz) gab es in der Vergangenheit erhebliche Konfliktsituationen, weil sich Anwohner durch Trinkgelage erheblich gestört fühlten und der Platz selbst wie auch umliegende Grundstücke teilweise erheblich verschmutzt wurde. In einer gemeinsamen Initiative von Sozialdezernent, Jugendamt, Schulsozialarbeit, freien Trägern der Jugendhilfe, Schulverwaltungsamt, Polizei- und Ordnungsbehörden, IB, Jugendstadtrat, Seniorenbüro und Ausländerbeirat ging man mit einem Netzwerk „Öffentliche Plätze“ aktiv und präventiv auf die Nutzer solcher Anlagen zu und hat erfolgreich für eine Veränderung des Verhaltens geworben.

Ein weiteres Beispiel für diese erfolgreiche Netzwerkarbeit war teilweise die Nutzung des Schlossplatzes durch jugendliche „Punker“ im Jahr 2006.

In beiden nur beispielhaft genannten Fällen konnten Verständnis und eine Veränderung des Verhaltens erreicht werden.

Wegen des anhaltenden Strukturwandels in Pirmasens und aufgrund verschiedener sozialer und politischer Veränderungen konnte nicht jeder seinen Lebensstandard halten. In unserer Stadt leben derzeit immer noch weit überdurchschnittlich viele Familien von Transferleistungen. Durch aktive Begleitung durch Jugend- und Sozialamt, die Jobbörse und den Pakt für Pirmasens konnte die prozentuale Zahl von Leistungsempfänger sukzessive gesenkt werden. Unsere Gesellschaft wird aber noch viele weitere Jahre dieser Herausforderung gegenüberstehen.

Durch den erheblichen Zuzug von Flüchtlingen über die normalen Verteilungsquoten des Königssteiner Schlüssels hinaus, ist in Pirmasens eine Situation entstanden, die die vorhandenen Sozialsysteme und Integrationsnetzwerke an den Rand ihrer Leistungsfähigkeit bringt. Viele der geflüchteten Menschen bringen eine hohe Integrationsbereitschaft mit und nehmen vorhandene Angebote gerne an. Andererseits führt das Verhalten eines Teils der Flüchtlinge zu erheblichen sozialen Konfliktsituationen im öffentlichen Raum, aber auch in der unmittelbaren Nachbarschaft.

Die Diskussion über eine Wohnsitzauflage, um die Sozialsysteme, Netzwerke und die vorhandene hohe Akzeptanz der Bevölkerung für die Integrationsaufgabe nicht zu überlasten, ist in vollem Gange.

Aber selbst wenn – hoffentlich zeitnah – eine Zuzugsbeschränkung für Pirmasens kommt, wird es eine Daueraufgabe sein, soziale Spannungssituationen zu befrieden.

Im Rahmen des gesteuerten Zuzugs von Flüchtlingen über die gerechte Zuteilung nach dem Königsteiner Schlüssel, gelang es in Pirmasens, Ghettos, Sammelunterkünfte und somit „Problemviertel“ zu vermeiden. Durch den erheblichen ungesteuerten Zuzug anerkannter Flüchtlinge hat sich die Situation deutlich verändert.

An manchen Stellen der Stadt ist ein deutliches Unsicherheitsgefühl der Bürgerinnen und Bürger festzustellen. Immer häufiger wird von konkreten Problemen berichtet, die nur durch Hilfe von Ordnungsamt und Polizei gelöst werden können. Verschmutzungen, Ruhestörungen, Familienstreitigkeiten, bis hin zu Straftaten verstärken sich

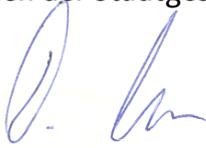
In den Teilen unserer Stadt, in denen solche Spannungsfelder entstehen, soll eine gezielte Netzwerkarbeit auf der Grundlage der vorhandenen Strukturen ansetzen. Mit einem solchen präventiven Ansatz kann nach Hinweisen aus der Bürgerschaft den Problemen auf den Grund gegangen werden. Dafür soll eine Servicenummer bei der Verwaltung eingerichtet werden, um entsprechende Hinweise aus der Bevölkerung aufzunehmen.

Nach Aufnahme der Sachverhalte soll im Bereich des Jugendamtes, Sozialamtes, der Ordnungsbehörde und gegebenenfalls der Polizei eine Bewertung stattfinden, die zu Präventivarbeit vor Ort führen soll. In dem Netzwerk soll neben dem Jugend- und Sozialamt auch das Ordnungsamt, die Polizei, das Seniorenbüro, das Job-Center, gegebenenfalls interessierte Mitglieder des Jugendstadtrates sowie der Pakt für Pirmasens vertreten sein.

Wie erfolgreich beim Netzwerk „Öffentliche Plätze“ bereits praktiziert, soll dann unter Hinzuziehung von „Muttersprachlern“ für die jeweilige Personengruppe präventiv und aufsuchend zum Abbau von Spannungen und deren Eskalationen beigetragen werden.

Eine Vielzahl von Problemen können nach Hinweisen auf geltendes Recht, mögliche Konsequenzen oder dem Anbieten konkreter Hilfe, z. B. durch Betreuungsangebote, Arbeitsmöglichkeiten oder Wohnungswechsel, gelöst werden.

Solches aktives, zugleich präventives Vorgehen (erprobt im Netzwerk „Öffentliche Plätze“) soll die erforderliche Integration von Flüchtlingen und die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für diese große Aufgabe in Einklang halten. Der Stadtrat der Stadt Pirmasens kann und darf die Augen vor den aktuellen, konkreten Entwicklungen nicht verschließen und muss alles tun, um vorhandene Spannungen und Konflikte zu deeskalieren und Spaltungstendenzen der Stadtgesellschaft zu vermeiden.



Denis Clauer
Fraktionsvorsitzender CDU